



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und
Forschung**

Düsseldorf, 1977

2.2.1 Prinzipien

[urn:nbn:de:hbz:466:1-51389](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-51389)

i. d. F. vom 30. Mai 1972, soweit sich aus dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz nichts anderes ergibt.

Die Standortplanung folgte dem Prinzip der Regionalisierung des Hochschulausbaus. Dessen Ziel ist eine regional und fachlich differenzierte und ausgewogene Hochschulstruktur, die einerseits besonders auf sozial schwächere Schichten bildungswerbend wirkt und andererseits die regionale Wirtschaftsstruktur verbessert.

Die hochschulplanerischen Grunddaten über die Ausbauziele der neuen Gesamthochschulen, insbesondere über Fächerverteilung, Studiengänge und Zahl der Studienplätze wurden bereits im Jahre 1971 ermittelt und festgelegt. Die wichtigsten Daten ergeben sich aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der CDU-Fraktion, die dem Landtag am 19. Oktober 1971 zugeleitet worden ist. Diese Entwicklungsplanung ist inzwischen in bezug auf die Fächerverteilung nach Studienplätzen fortgeschrieben worden. Nach dem neuesten Stand sind für die fünf Gesamthochschulen 1980 insgesamt 42.750 Studienplätze vorgesehen (vgl. hierzu S. 78, 79).

Grundlage für die Errichtung der Fernuniversität als Gesamthochschule ist das Gesetz über die Errichtung einer Fernuniversität in Nordrhein-Westfalen — FUEG — vom 26. November 1974 (GV.NW. S. 1470). Es enthält die notwendigen Regelungen über Errichtung und Aufbau der Hochschule und betont den pädagogischen Auftrag in der Fernvermittlung des Lehrstoffes und die Weiterbildungsaufgaben. Im übrigen nimmt es Bezug auf das Gesamthochschulentwicklungsgesetz und auf das Hochschulgesetz. Die allgemeine Aufgabenstellung der Fernuniversität und die der Studienreform verpflichtete Neuordnungsstruktur entsprechen daher den anderen integrierten Gesamthochschulen des Landes.

2.2 Organisation

2.2.1 Prinzipien

Die organisatorischen Grundprinzipien der zum 1. August 1972 errichteten Gesamthochschulen ergeben sich aus dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz und aus der „Vorläufigen Grundordnung“ (VGrundO), die der Minister für Wissenschaft und Forschung gemäß der Ermächtigung in § 18 Abs. 1 GHEG für jede Gesamthochschule erlassen hat (als Beispiel ist die VGrundO der Gesamthochschule

Wuppertal in der Fassung vom 24. Juni 1975 als Anlage 2 abgedruckt). Diese Grundordnungen, die zum Errichtungszeitpunkt der Gesamthochschulen in Kraft getreten sind, bilden bis zur Verabschiedung der Gesamthochschulsatzungen durch die Gesamthochschulen deren Verfassung. Alle fünf Grundordnungen stimmen in ihrem Wortlaut weitgehend überein. Abweichungen ergeben sich im wesentlichen lediglich bei der Fachbereichsgliederung. Für die Gesamthochschule Essen wurde eine zusätzliche Regelung getroffen, die den Besonderheiten des Klinikums Rechnung trägt.

Im einzelnen ist die Organisation der Selbstverwaltung durch folgende Prinzipien gekennzeichnet:

- Bildung eines Gründungssenats, dessen Zusammensetzung in § 19 GHEG geregelt ist, als zentrales Entscheidungsorgan der Gesamthochschule in allen Grundsatz- und Koordinierungsfragen (kein Konvent; Aufgaben, die ihm nach dem Hochschulgesetz obliegen, nimmt in der Gründungsphase der Minister für Wissenschaft und Forschung nach § 18 GHEG wahr);
- Einführung der Rektoratsverfassung mit einem Gründungsrektorat als kollegialem Leitungsorgan der Gesamthochschule, bestehend aus dem Gründungsrektor, drei Konrektoren und dem Kanzler;
- Festlegung der Aufgaben und Befugnisse des Kanzlers, der die Geschäfte der Hochschulverwaltung führt und für den Haushalt verantwortlich ist;
- Bildung von drei Ständigen Kommissionen (Struktur- und Haushaltskommission, Studienkommission und Forschungskommission), die zwischen Gründungssenat und Gründungsrektorat angesiedelt sind und die Arbeit dieser Gremien vorbereitend und beratend unterstützen;
- Bildung von „Gemeinsamen Ausschüssen“ mehrerer Fachbereiche auf der Fachbereichsebene (neben den Fachbereichsorganen Fachbereichsversammlung, Fachbereichsrat und Dekan), die wegen der fachbezogenen und studiengangübergreifenden neuen Fachbereichsstruktur unter anderem die Befugnisse haben, Studien- und Hochschulprüfungsordnungen zu beschließen und Studienpläne aufzustellen, an die die beteiligten Fachbereiche gebunden sind;
- Festlegung der Paritäten in den Gremien der Gesamthochschule und der Fachbereiche nach dem Grundsatz einer funktionsbestimmten Mitwirkung aller Hochschulgruppen;

- Verpflichtung der Gesamthochschulen, als zentrale Einrichtungen eine Gesamthochschulbibliothek, ein Hochschuldidaktisches Zentrum und eine zentrale Studienberatungsstelle einzurichten, Präzisierung dieser Aufgaben und der Organisationsgrundsätze;
- Bildung eines Kuratoriums, dessen Mitglieder zur Hälfte vom Gründungssenat der Gesamthochschule und zur Hälfte vom Rat der Stadt, in der die Gesamthochschule ihren Sitz hat, benannt werden und das den Aufbau der Gesamthochschule und ihre Integration in die Region durch geeignete Maßnahmen unterstützen soll.

Insgesamt enthalten die Vorläufigen Grundordnungen in sich ausgewogene Regelungen, die zumindest während der Gründungsphase eine ausreichende Grundlage für die Selbstverwaltung der Gesamthochschulen darstellen.

Auch für die Fernuniversität hat der Minister für Wissenschaft und Forschung aufgrund von § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 FUEG in Abstimmung mit der Hochschule eine Vorläufige Grundordnung erlassen (abgedruckt als Anlage 3). Sie ist am 16. Februar 1976 in Kraft getreten. Struktur und Grundprinzipien entsprechen den der fünf anderen Gesamthochschulen. Abweichungen ergeben sich aus den besonderen Aufgaben der Fernuniversität. Darum gibt es einen vierten Prorektor und eine vierte Ständige Kommission für Weiterbildung. Deshalb sind neben den üblichen zentralen Einrichtungen ein Zentrum für Fernstudienentwicklung und ein zentrales Institut für Fernstudienforschung geschaffen worden. Im Kuratorium der Fernuniversität sind wegen des über das Land hinausgehenden Auftrages der Hochschule Plätze für Vertreter von Bund und Ländern vorgesehen.

2.2.2 Fachbereichsgliederung

Nach § 14 Abs. 1 GHEG waren die am 1. August 1972 vorhandenen Grundeinheiten von Forschung und Lehre der übergeleiteten Einrichtungen unverändert in die Gesamthochschule zu überführen. Bei einer Addition dieser sehr heterogenen und meist studiengangbezogenen Fachbereiche und Seminare hätten sich jedoch alsbald ein „Universitätsbereich“, ein „PH-Bereich“ und ein „Fachhochschulbereich“ entwickelt. Damit wäre an der Abschottung der Studiengänge festgehalten und die Studienreform schon im Ansatz gefährdet worden: im Ergebnis wären kooperative Gesamthochschulen entstanden.